

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1757 –**

Einbürgerungsverfahren human gestalten – Einbürgerungshindernisse beseitigen

A. Problem

Mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollen die Bundesregierung und die Bundesländer gebeten werden, im Zuge des Erlasses der Verwaltungsvorschriften zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht den Schwierigkeiten ausländischer Staatsangehöriger, insbesondere aus dem Iran und der Bundesrepublik Jugoslawien, im Entlassungsverfahren gezielt Rechnung zu tragen.

B. Lösung

Annahme des Antrages.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/1757 anzunehmen.

Berlin, den 19. Januar 2000

Der Innenausschuss

Dr. Willfried Penner
Vorsitzender

Lilo Friedrich (Mettmann)
Berichterstatterin

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Meinrad Belle
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Lilo Friedrich (Mettmann), Meinrad Belle, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Max Stadler und Ulla Jelpke

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/1757 wurde in der 66. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. November 1999 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

1. Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion CDU/CSU empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 14/1757 zuzustimmen.
2. Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.
3. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

4. Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1999 den Antrag auf Drucksache 14/1757 abschließend beraten und mit der Mehrheit der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, diesen zur Annahme zu empfehlen.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nahmen im Wesentlichen Bezug auf die Begründung ihres Antrags in Drucksache 14/1757. Die Fraktion der F.D.P. betonte, dass die mit dem Antrag verfolgten Intentionen keinen Systembruch darstellten. Denn auch nach altem Recht habe es Ausnahmetatbestände für einen Erwerb der doppelten Staatsangehörigkeit gegeben. Demgegenüber vertrat die Fraktion der CDU/CSU u. a. die Auffassung, dass das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch die entsprechenden Verwaltungsvorschriften nicht ausgehöhlt werden dürfe und an dem Grundsatz der Vermeidung der doppelten Staatsangehörigkeit festzuhalten sei. Die Fraktion der PDS bemängelte, dass es sich bei dem Antrag auf Drucksache 14/1757 lediglich um einen Appell an die Bundesländer handele und Härtefälle in einem Gesetz selbst genau zu definieren seien.

Berlin, den 19. Januar 2000

Lilo Friedrich (Mettmann)
Berichterstatlerin

Marieluise Beck (Bremen)
Berichterstatlerin

Ulla Jelpke
Berichterstatlerin

Meinrad Belle
Berichterstatter

Dr. Max Stadler
Berichterstatter

